

Die Berliner Leuchtturmpolitik

30.11.2017

BERLIN (Eigener Bericht) - Deutschland soll mit den drei großen verbleibenden EU-Westeuropas eine gemeinsame Außenpolitik formulieren und diese auch ohne EU-Konsens durchsetzen. Dies fordert der bisherige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Norbert Röttgen. Ein solches Vorgehen sei unumgänglich, weil ein außenpolitischer Konsens in der Union "in absehbarer Zeit" nicht hergestellt werden könne, zugleich aber ein schnelles und auch entschlossenes Handeln nötig sei, um "auf Augengleichheit mit den USA und Russland" zu gelangen. Experten schlagen alternativ die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik vor; demnach könnten EU-Staaten künftig gegen den Willen ihrer Regierungen etwa in ernste Konflikte mit Drittstaaten gezwungen werden. Hintergrund sind massive Verschiebungen im weltpolitischen Gefüge, die in intensiven Debatten im Berliner Polit-Establishment führen. Der BND warnt vor der Zuspitzung etwa der Konflikte mit China; Militärs schließen einen Machtverlust bei einem möglichen Zerfall der EU nicht aus.

Russlands Wiederaufstieg

Die massiven Verschiebungen im weltpolitischen Gefüge, die den Hintergrund der jüngsten Fordern der EU-Außenpolitik bilden, hat erst kürzlich BND-Präsident Bruno Kahl in einem Vortrag vor der Hans-Sachs-Stiftung (HSS) exemplarisch beschrieben. Inhaltlich geht es dabei zum einen um den aktuellen Wiederaufstieg Russlands. Russland habe "seine militärisch-technischen Möglichkeiten über die Jahre hinweg aufrechterhalten und stark ausgebaut", erläutert Kahl: "Dadurch verfügt es über die notwendigen praktischen Fähigkeiten, zumindest punktuell über größere Strecken Macht zu projizieren." [1] Dadurch aufbauend habe es zuletzt "sehr deutlich gemacht", es werde sich insbesondere in Osteuropa die Machtanmaßungen des Westens nicht mehr fügen, sondern dort "eine eigene Einflussosphäre ... beanspruchen". Auch sonst habe es seinen "Aktionsradius" spürbar erweitert, nicht nur "durch seine Intervention in den Syrien-Konflikt", sondern auch mit "Projektionen nach Libyen" sowie durch "Einflussnahmen in Ägypten, Saudi-Arabien und der Türkei". Moskau werde vermutlich weiterhin "eine unbequeme Macht bleiben", urteilt Kahl: "Dies muss der Westen sehr realistisch sehen." [2]

Chinas Macht

Zum anderen führt, wie Kahl konstatiert, vor allem der rasante Aufstieg Chinas zu weitreichende Veränderungen in der Weltpolitik. Noch 1990 habe die Volksrepublik "einen Anteil von 1,6 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukt" erarbeitet; 2016 habe sie "als zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt bereits einen Anteil von 14,8 Prozent erzielt." [3] China wachse weiter: "Allein die Zunahme des chinesischen Bruttoinlandsprodukt von 2011 bis 2016" habe das gesamte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands 2016 übertroffen. Beijing nutze seine immense wirtschaftliche Stärke inzwischen auch politisch, die Seidenstraßen-Initiative etwa, ein riesiges, sich aus Ostasien in Richtung Westen bis nach Europa

erstreckendes Kooperationsvorhaben, sei "das derzeit weltweit größte Projekt dieser Art".[4] Dar sei China - wie Russland - nicht mehr bereit, sich der westlichen Dominanz unterzuordnen: "Ab Ende habe es "gegen jeden Widerspruch" die - nicht zuletzt von Washington und Berlin scharf attackierte "Inselaufschüttungen im Südchinesischen Meer durch[gesetzt]". Im Juli hat die Volksrepublik zu Kahl berichtet, nicht nur ihren "ersten militärisch nutzbaren Hafen" im Ausland eingeweiht - in Das Horn von Afrika -, sondern auch "erstmalig ein gemeinsames militärisches Manöver" mit Russland Ostsee durchgeführt. Ihre Macht wächst.

"Das Ende der europäischen Illusion"

Während Russland und China ihren weltpolitischen Einfluss ausdehnen - Moskau tritt aktuell etwa als Ordnungsmacht auf [5], Beijing versucht dies erstmals im Rohingya-Konflikt [6] -, sieht das deutsche Polit-Establishment seine globalen Ambitionen durch die anhaltende Krise der EU, seiner Macht bedroht. Dies belegen knappe Auszüge aus einem Bundeswehr-Papier, die vor kurzem bekannt wurden. Das Papier, das den Titel "Strategische Vorausschau 2040" trägt und Anfang des Jahres vom Verteidigungsministerium auf Leitungsebene verabschiedet worden ist, stellt insgesamt sechs Szenarien für die bevorstehenden Entwicklungen in der Weltpolitik und insbesondere in der EU vor, davon werden als kritisch für Deutschland eingestuft. Eines davon - es ist in der Bundeswehr-Zählung das dritte - rechnet mit einer Zuspitzung der globalen Konkurrenz ("multipolarer Wettbewerb") und einer Zunahme von Konflikten in der Pazifikregion. Für Berlin werde die weltpolitische Lage "unübersichtlich und teils risikoreich", heißt es in dem Dokument; dies liege auch an wachsenden Spannungen einerseits innerhalb der EU. Ein "Ende der europäischen Illusion" sei nicht mehr auszuschließen. Das Papier ist im Kern vor rund zwei Jahren erstellt worden; Ähnlichkeiten des vierten Szenarios mit der aktuellen Situation der Welt und der EU sind unverkennbar.

"Die EU im Zerfall"

Dabei muss eine weitere Zuspitzung der Lage als durchaus möglich gelten. Das Bundeswehr-Papier rechnet diesem Umstand mit zwei weiteren Szenarien Rechnung; in der Zählung des Dokuments sind es die Nummern fünf und sechs. Das fünfte Szenario beschreibt eine neue Konfrontation zwischen zwei Blöcken, die sich "politisch, weltanschaulich und kulturell immer weiter voneinander" entfernen; dabei handelt es sich um einen westlichen (USA, EU) und einen östlichen (Russland, China) Block. Die EU verliert dabei die Kontrolle über ihre östlichen Mitglieder, von denen einige jegliche weitere Integration verweigern und sich sogar "dem östlichen Block angeschlossen" haben. Das sechste Szenario geht von einem "Kreislauf des Rückzugs" aus, der in einer "multiplen Konfrontation" "weltweite Krisen eskalieren" und "Dekaden der Instabilität" sei zu rechnen. Dabei sei "die EU im Zerfall und Deutschland im reaktiven Defensivmodus". "Die EU-Erweiterung ist weitgehend aufgegeben, weitere Staaten haben die Gemeinschaft verlassen, die Gemeinschaft hat seine globale Wettbewerbsfähigkeit auf vielen Gebieten verloren".[8]

Außenpolitisch ohne Konsens

Vor der Aussicht gestellt, die eigene Machtposition in der Weltpolitik nicht auf Dauer halten zu können, entwickelt das deutsche Polit-Establishment immer drängendere Forderungen nach einer entschlossenen EU-Außen- und Militärpolitik. Auf militärischer Ebene soll in wenigen Tagen der systematische Ausbau der Streitkräftekooperation, der vor kurzem unter der Bezeichnung PESCO beschlossen wurde (german-foreign-policy.com berichtete [9]), in aller Form gestartet werden. Für die Außenpolitik liegt ein entsprechendes

Instrument noch nicht vor. Das wiege schwer, urteilte der bisherige Vorsitzende des Auswärtiger Ausschusses im Bundestag, Norbert Röttgen (CDU), am 20. November auf einer Konferenz der Adenauer-Stiftung (CDU) in Berlin: Die Staaten Europas seien "zu klein", um alleine global Einfluss nehmen. Allerdings gehe er, Röttgen, "nach meiner sicheren Einschätzung" davon aus, dass die EU auch nach dem britischen Austritt "in absehbarer Zeit keinen Konsens für außenpolitisches Handeln".^[10] Eine Alternative müsse entwickelt werden - und zwar rasch.

Widerstände brechen

Zuweilen ist in Berlin vorgeschlagen worden, auch die EU-Außenpolitik Mehrheitsentscheidungen unterwerfen, um Widerstände zu brechen. "Im Entscheidungsprozess sollte das Einstimmigkeits Mehrheitsbeschlüsse ersetzt werden", heißt es etwa in einer neuen Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).^[11] Das liefe darauf hinaus, dass die überstimmten EU-Staaten gegen den Willen ihrer Regierungen zu außenpolitischen Aktivitäten gezwungen werden könnten - auch dann, wenn sie beispielsweise in ernsthafte Konflikte mit Drittstaaten verwickelt würden. Ein derartiges Vorgehen in der Innenpolitik - es ging um die Aufnahme von Flüchtlingen - hat zuletzt in mehreren Staaten Osteuropas heftiger Auflehnung gegen Brüssel geführt und die bestehenden Brüche in der Union weiter vertieft.

Auf Augenhöhe

Röttgen schlägt nun vor, einzelne EU-Staaten sollten sich wie im Falle von PESCO zusammenschließen und "gemeinsam vorangehen": "Das ist die einzige Möglichkeit, heute Bewegung zu erzeugen." Konkret schlägt er Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien; die vier westeuropäischen Staaten sollten eine gemeinsame außenpolitische Linie verständigen und anschließend als "Leuchttürme" agieren. Die Interessen kleinerer und östlicher EU-Mitgliedstaaten sollten berücksichtigt werden. Habe man in diesem Kreis eine einheitliche Außenpolitik entwickelt, sei die Aufnahme weiterer EU-Mitglieder in den inneren Führungszirkel möglich: Man sei selbstverständlich "offen für die anderen". Nur mit dem Voranplan der weniger Staaten, urteilt Röttgen, könne man "ein international handlungsfähiges Europa schaffen".^[12] lässt sich der Abgeordnete zitieren - "auf Augenhöhe mit den USA und Russland" auftritt.

[1] Rede von Präsident Dr. Bruno Kahl anlässlich der Veranstaltungsreihe "Zur Zukunft der internationalen Ordnung" der Hanns-Seidel-Stiftung am 13. November 2017.

[2] S. dazu [Vom Krisenstaat zum Gestalter](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/729) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/729>).

[3] Rede von Präsident Dr. Bruno Kahl anlässlich der Veranstaltungsreihe "Zur Zukunft der internationalen Ordnung" der Hanns-Seidel-Stiftung am 13. November 2017.

[4] S. dazu [Chinas Jahrhundertprojekt](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/729) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/729>).

[5] S. dazu [Keine Ordnungsmacht](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7189/) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7189/>) und [Wiederaufbau in Syrien](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7366/) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7366/>).

[6] S. dazu [Einflusskampf um Myanmar](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7366/) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7366/>).

[7], [8] Denken auf Vorrat. Der Spiegel 04.11.2017.

[9] S. dazu [Ein bürgernahes Thema](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7440/) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7440/>).

[10] Saskia Gamradt: Nato bleibt transatlantisch, aber stärkt ihre europäischen Pfeiler. kas.de 23

[11] Annegret Bendiek: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU: Von der Transformati Resilienz. SWP-Studie S 19. Berlin, September 2017.

[12] Saskia Gamradt: Nato bleibt transatlantisch, aber stärkt ihre europäischen Pfeiler. kas.de 23

© German News Information GmbH

info@german-foreign-policy.com (<mailto:info@german-foreign-policy.com>)

